

Verhaltenes Wachstum bei hartnäckiger Inflation: OeNB-Interimsprognose September 2025

Die Rezession ist zu Ende: Österreichs Wirtschaft ist im ersten Halbjahr 2025 wieder gewachsen. Für 2025 erwartet die OeNB ein BIP-Wachstum von 0,3 %. In den Jahren 2026 und 2027 werden Wachstumsraten von 0,8 % bzw. 1,1 % erwartet. Die Inflation steigt 2025 auf 3,5 % an, bevor sie 2026 auf 2,4 % sinkt. Auch 2027 wird die Inflationsrate mit 2,3 % relativ hoch bleiben.

Autor:innen

Gerhard Fenz, Mathias Moser,
Doris Prammer, Martin Schneider,
Richard Sellner, Alfred Stiglbauer

Oesterreichische Nationalbank,
Referat Konjunktur
konjunktur@oenb.at



Wachstum bleibt schwach

Die Wachstumsprognose für 2025 wurde aufgrund eines besseren ersten Halbjahres 2025 leicht nach oben revidiert, das Wachstum bleibt aber verhalten. Gründe dafür sind unter anderem die Euroaufwertung und höhere US-Zölle. Die Abwärtsrisiken für die Wachstumsprognose überwiegen.



Dienstleistungen und Energie treiben Preise

Wegen des Auslaufens der staatlichen Energiepreis-Beihilfen sind die Energiepreise und damit die Inflation heuer stark gestiegen. In den kommenden Jahren wirkt sich vor allem die hartnäckige Inflation bei den Dienstleistungen auf die Gesamtinflation aus.



Gebühren und Indexierungen kaum preistreibend

Die Gebührenerhöhungen erhöhen die Inflation 2026 um etwa 0,2 Prozentpunkte. Indexierungen können bei Inflationschocks Preise kurzfristig erhöhen, führen aber nicht zu dauerhafter Inflation.

1 Zusammenfassung

In der ersten Jahreshälfte 2025 fiel das Wirtschaftswachstum in Österreich höher aus, als in der OeNB-Prognose vom Juni erwartet wurde. Die Vorlauf- und Stimmungsindikatoren sowie ein schwierigeres internationales Umfeld (Euroaufwertung und US-Zölle) deuten auf ein schwaches zweites Halbjahr 2025 hin. Für das Jahr 2025 ergibt sich aufgrund der guten Entwicklungen im ersten Halbjahr eine leichte Anhebung der Wachstumsprognose von +0,2 % (Juniprognose) auf +0,3 %. 2026 wird das Wachstum mit +0,8 % hingegen geringfügig schwächer ausfallen. Unsere Wachstumsprognose für 2027 bleibt unverändert bei +1,1 %. Der Arbeitsmarkt zeigt sich angesichts der Konjunkturschwäche weiterhin robust. Die Prognose für die Register-Arbeitslosenquote vom Juni bleibt mit einem Anstieg auf knapp 7 ½ % aufrecht. Die Risiken für das BIP-Wachstum sind nach unten gerichtet. Höhere US-Zölle, zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen und eine verzögerte Erholung des privaten Konsums aufgrund der hartnäckigen Inflation könnten das Wachstum etwas geringer ausfallen lassen.

Tabelle 1

Hauptergebnisse der Interimsprognose vom September 2025

	September 2025			Revisionen zu Juni 2025		
	2025	2026	2027	2025	2026	2027
Veränderung zum Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt (real)	0,3	0,8	1,1	0,1	-0,1	-0,0
Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)	3,5	2,4	2,3	0,5	0,6	0,2
Arbeitslosenquote gemäß AMS (in %)	7,4	7,4	7,2	0,0	0,0	0,0

Quelle: OeNB.

Die Inflation steigt 2025 spürbar an und erreicht 3,5 %. Verantwortlich für dieses Wiederaufflammen der Inflation sind vor allem die stark gestiegenen Energiepreise zu Jahresbeginn. Der Preisschub resultiert aus dem Auslaufen staatlicher Entlastungsmaßnahmen wie der Strompreisbremse, die zuvor dämpfend auf die Energiekosten gewirkt hatten. Im Folgejahr 2026 fällt dieser Basiseffekt weg – die Inflationsrate sinkt dadurch auch ohne zusätzliche Maßnahmen auf 2,4 %. Allerdings bleibt die Teuerung bei Dienstleistungen hartnäckig hoch, was die Gesamtinflation auch 2027 auf einem Niveau von 2,3 % hält. Fiskalische Konsolidierungsmaßnahmen spielen eine untergeordnete Rolle für die Inflationsentwicklung. Die bisher bekannten Maßnahmen führen im Jahr 2026 zu einem leichten Anstieg der Inflation um etwa 0,2 Prozentpunkte. Auch Indexierungen – etwa bei Mieten oder Versicherungsverträgen – sind kein wesentlicher Treiber der aktuellen Inflationsdynamik. Lediglich 13 % des Warenkorb sind indexiert, was ihren Effekt auf die Gesamtinflation deutlich relativiert. Die höhere Inflation in Österreich im Vergleich zum Euroraum ist – wie schon historisch – in erster Linie auf die höhere Dienstleistungsinflation zurückzuführen. Unterschiede in der Energieinflation erklären seit 2022 Schwankungen der Inflationsdifferenz zum Euroraum. Die Nahrungsmittelinflation spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle.

2 Längste Rezession der Nachkriegszeit endete im Schlussquartal 2024

Die österreichische Wirtschaft rutschte zu Jahresbeginn 2023 in eine lang anhaltende Rezession: Die Wirtschaftsleistung schrumpfte bzw. stagnierte sieben Quartale in Folge. Das reale Bruttoinlandsprodukt fiel zwischen dem vierten Quartal 2022 und dem dritten Quartal 2024 um 2,8 %. Mit Ende des Jahres 2024 setzte eine leichte Erholung ein. Bis zum zweiten Quartal 2025 stieg das BIP um ein halbes Prozent (relativ zu Q3 24), blieb aber immer noch um 2,3 % unter dem Niveau des vierten Quartals 2022 (linker Teil von Grafik 1). Diese Entwicklung ist zum Großteil auf Rückgänge in der Sachgütererzeugung und die konsumnahen Bereiche Handel, Verkehr und Lagerei sowie Gastronomie und Beherbergung zurückzuführen. Die Wertschöpfung in der Bauwirtschaft ist im gleichen Zeitraum ebenfalls stark gefallen (-11,4 %). Damit trug der Bausektor -0,5 Prozentpunkte zum BIP-Rückgang bei. Die Wertschöpfung im öffentlichen Sektor stieg hingegen an und stützte damit das Wirtschaftswachstum.

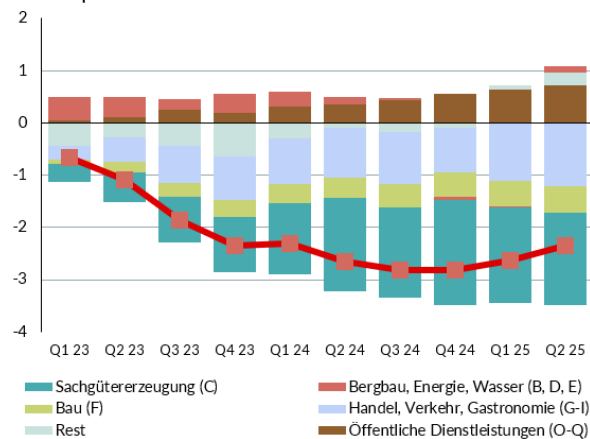
Die rechte Abbildung in Grafik 1 zeigt die Entwicklung der Industrieproduktion im gleichen Zeitraum. Diese ist im Vergleich zum vierten Quartal 2022 um bis zu 9 % (im Oktober 2024) gesunken. Der Rückgang ist zum überwiegenden Teil auf die energieintensiven Branchen zurückzuführen. Diese waren besonders von den Energiepreisanstiegen betroffen, die der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelöst hatte. Zu diesen Branchen zählen in erster Linie Holz, Papier, die Mineralölverarbeitung, Chemie, Glas und Keramik sowie die Metallherzeugung. Über den Jahreswechsel 2024/25 gab es in diesen Branchen eine merkbare Erholung, seit dem Frühjahr ist jedoch wieder eine Stagnation zu beobachten.

Grafik 1

Entwicklung der österreichischen Wirtschaft seit dem vierten Quartal 2022

Reales BIP und Beiträge der Wirtschaftsbereiche

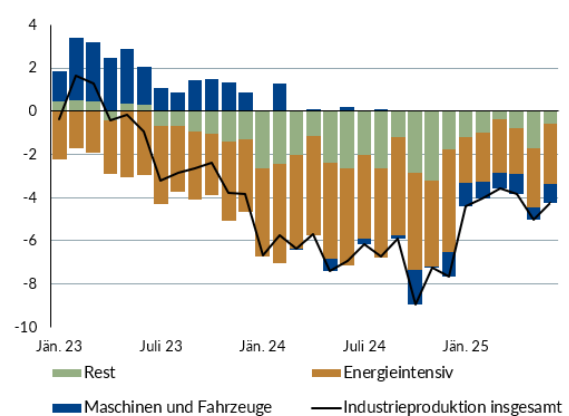
Wachstum seit Q4 22 in % (BIP) bzw. Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten



Quelle: Statistik Austria.

Industrieproduktion nach Branchen

Veränderung seit Q4 22 in % bzw. Beiträge



Quelle: Statistik Austria.

Die Industrie ist von gleich drei Faktoren betroffen: von hohen Energiepreisen, den durch die hohe Inflation ausgelösten Lohnsteigerungen und vom schwierigen internationalen Umfeld. Der Mix aus erratischer US-Zollpolitik, dem Umbruch in der Automobilindustrie, dem Ukrainekrieg und der wachsenden Konkurrenz aus China bringt für die exportierenden Unternehmen hohe Herausforderungen mit sich.

Zwischen dem vierten Quartal 2022 und dem zweiten Quartal 2025 sind die realen Exporte von Gütern und Dienstleistungen um 6,2 % gesunken. Im gleichen Zeitraum ist die Nachfrage der österreichischen

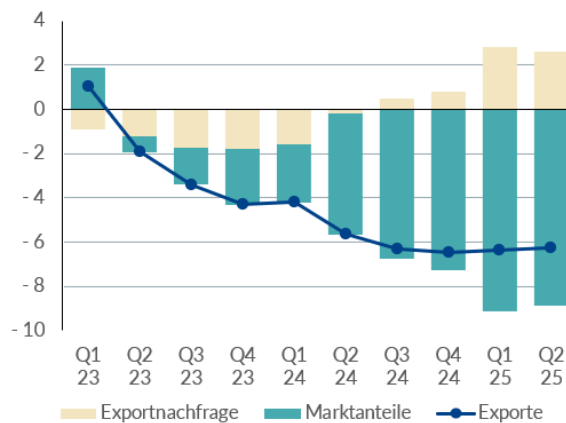
Exportmärkte um 2,4 % gestiegen. Österreich hat in diesen zweieinhalb Jahren starke Marktanteilsverluste erlitten (Grafik 2, links). Eine Betrachtung nach Regionen zeigt, dass der Exportrückgang zu einem überwiegenden Teil innerhalb der EU erfolgte. Die österreichischen Güterexporte in die USA sind 2023 und 2024 stark gewachsen. Dies ist in erster Linie auf eine sehr dynamische Entwicklung der Exporte von pharmazeutischen Produkten zurückzuführen. Hier ist nach dem Höhepunkt im zweiten Halbjahr 2024 jedoch bereits ein Rückgang erkennbar.

Grafik 2

Entwicklung der realen Exporte seit dem vierten Quartal 2022

Exportnachfrage und Marktanteile

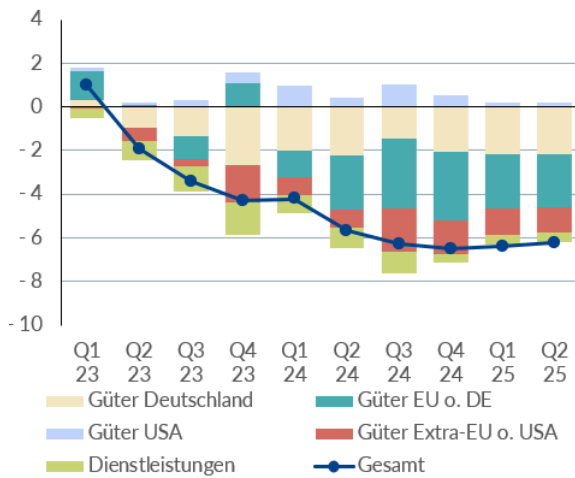
Veränderung seit Q4 22 in % bzw. Beiträge



Quelle: Statistik Austria.

Nach Gütern und Dienstleistungen sowie Regionen

Veränderung seit Q4 22 in % bzw. Beiträge



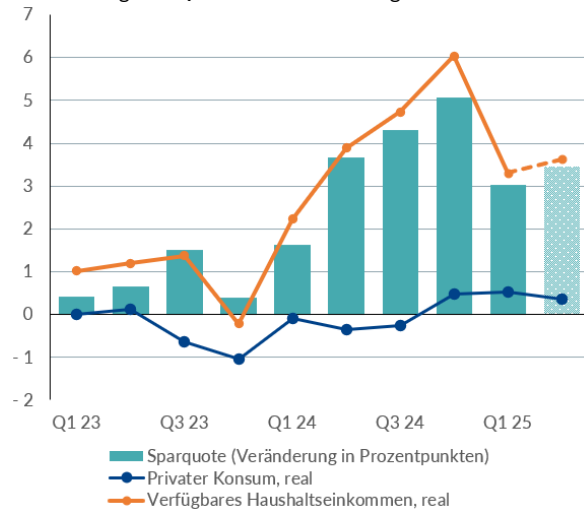
Quelle: Statistik Austria.

Grafik 3

Entwicklung von Konsum und Investitionen seit dem vierten Quartal 2022

Privater Konsum

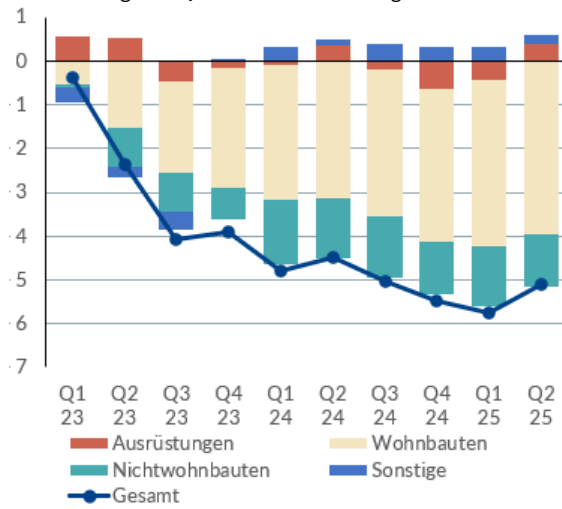
Veränderung seit Q4 22 in % bzw. Beiträge



Quelle: Statistik Austria.

Investitionen

Veränderung seit Q4 22 in % bzw. Beiträge



Quelle: Statistik Austria.

Neben der schwachen Exportperformance entwickelte sich auch die Inlandsnachfrage und hier vor allem der private Konsum äußerst schwach. Die hohe Inflation der Jahre 2022 und 2023 führte aufgrund der verzögerten Lohnanpassung zunächst zu Reallohnverlusten und zu einem sinkenden privaten Konsum. Im Jahr 2024 führte die Kombination aus hohen Lohnzuwächsen und sinkender Inflation jedoch zu einem starken Anstieg der realen Haushaltseinkommen. Österreichs Haushalte hielten sich aber aus Sorge um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und die angespannte Budgetsituation mit ihren Konsumausgaben zurück. Das führte zu einem starken Anstieg der Sparquote.

Ein weiterer Grund für die schwache Konjunktorentwicklung ist die Entwicklung im Bau, vor allem im Wohnbau. Die Wohnbauinvestitionen begannen bereits zur Jahresmitte 2022 aufgrund der gestiegenen Finanzierungskosten, des Auslaufens des Wohnbauzyklus und der allgemeinen konjunkturellen Schwäche zu sinken (Grafik 3, rechts). Die seit der zweiten Jahreshälfte 2024 wieder steigenden Baubewilligungen deuten jedoch auf eine bevorstehende Belebung der Baukonjunktur hin.

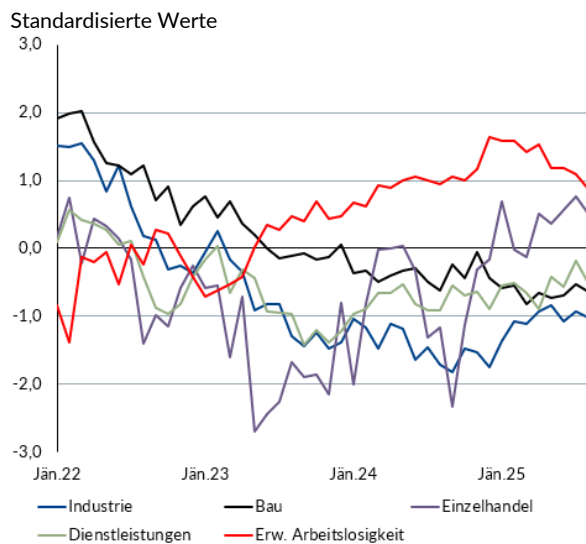
3 Konjunkturindikator signalisiert schwache Kurzfristentwicklung

Gemessen an den Indikatoren der Europäischen Kommission (ESI) ist die Stimmung zu Beginn des dritten Quartals 2025 in allen Bereichen mit Ausnahme des Einzelhandels unterdurchschnittlich (Grafik 4, links).

Grafik 4

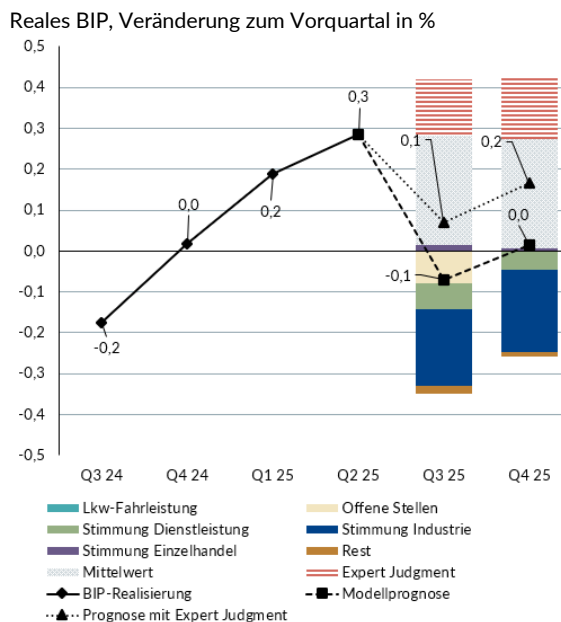
Vorlaufindikatoren und OeNB-Konjunkturindikator

ESI-Stimmungsindikatoren



Quelle: Europäische Kommission, OeNB.

OeNB-Konjunkturindikator



Quelle: OeNB. Daten saison- und arbeitstagbereinigt, Datenstand 5. September 2025.

Damit gehen aktuell von den Stimmungsindikatoren keine wesentlichen positiven Konjunktursignale aus. Im Einklang mit der Produktion hellte sich die Stimmung in der Industrie zu Beginn des Jahres etwas auf, bewegt sich aber seitdem seitwärts. Ebenso entwickelt sich die Stimmung in den Dienstleistungsbranchen tendenziell positiv, bleibt aber wie die Stimmung in der Industrie unter Werten,

die ein robustes Wachstum signalisieren würden. Seit Anfang 2025 entwickelt sich auch die erwartete Arbeitslosigkeit der Haushalte rückläufig. Sinkende Werte bedeuten hier eine Erholung der Konsumstimmung. Die Werte bleiben trotz der jüngsten Entspannung weiterhin hoch.

Die ESI-Stimmungsindikatoren fließen zum Teil auch in die Berechnungen des OeNB-Konjunkturindikators – des Kurzfristprognosemodells der OeNB – ein. Bei der reinen Modellprognose des OeNB-Konjunkturindikators drückt vor allem die schwache Stimmung in der Industrie und bei den Dienstleistungen sowie der Rückgang bei den sofort verfügbaren gemeldeten offenen Stellen das kurzfristige Wachstum. Dadurch ergibt sich ein leicht rückläufiges Wachstum für das dritte Quartal (-0,1 %) und eine Stagnation für das vierte Quartal (0,0 %).

Die Modellprognose wird um ein Expert Judgment von jeweils +0,15 Prozentpunkten ergänzt. Das positive Judgment erklärt sich durch den Aufwärtstrend im BIP-Wachstum der letzten fünf Quartale. In Summe prognostizieren wir ein Wachstum von +0,1 % für das dritte und +0,2 % für das vierte Quartal. Damit erwarten wir eine Abschwächung der zu Beginn des Jahres beobachteten Wachstumsdynamik.

4 Wachstumsprognose nahezu unverändert, Abwärtsrisiken bestehen

Die vorliegende Interimsprognose für die Jahre 2025 bis 2027 stellt ein erweitertes technisches Update der OeNB-Prognose vom Juni 2025 dar. Dazu wurde zunächst die aktuelle Veröffentlichung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) für das zweite Quartal 2025 inkludiert. Anschließend wurden die Auswirkungen der Veränderungen (seit Juni 2025) der internationalen Rahmenbedingungen (wie Exportmarktentwicklung, Energie- und Rohstoffpreise, Wechselkurse und Zinsen) mit dem makroökonomischen Modell der OeNB (Austrian Quarterly Model – AQM) simuliert. Abschließend wurden die Ergebnisse des OeNB-Konjunkturindikators für das zweite Halbjahr 2025 übernommen.

Insgesamt ergeben sich folgende Revisionen des Wirtschaftswachstums gegenüber der Juni-Prognose: Aufgrund der besseren Entwicklung zu Beginn des Jahres revidieren wir die Prognose für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2025 von 0,2 % auf 0,3 %. Das starke erste Halbjahr ist auch einer der Gründe für unsere positivere Einschätzung (Judgment) im zweiten Halbjahr. Die Effekte dieser positiveren Neueinschätzung beeinflussen auch das Wachstum im Jahr 2026. Im kommenden Jahr überwiegen aber die negativen Auswirkungen der geänderten internationalen Rahmenbedingungen. Die Euroaufwertung und die schwächere Nachfrage der österreichischen Exportmärkte dämpfen das Export- und Investitionswachstum. In Summe revidieren wir die Prognose für das BIP-Wachstum 2026 von 0,9 % auf 0,8 %. Für 2027 – das dritte Prognosejahr – werden keine wesentlichen Veränderungen im internationalen Umfeld erwartet. Daher gehen wir weiterhin von einem Wachstum von 1,1 % aus.

Tabelle 2

Internationale Rahmenbedingungen und Zerlegung der Wachstumsprognose

	September 2025			Revision ggü. Juni 2025			
	2024	2025	2026	2027	2025	2026	2027
Ölpreis in USD	81,2	69,7	65,1	65,1	3,0	2,3	0,9
USD/EUR-Wechselkurs	1,08	1,13	1,16	1,16	+1,9%	+3,3%	+3,3%
3-Monats-Zinssatz in %	3,6	2,2	1,9	2,1	0,03	0,00	-0,05
10-Jahres-Zinssatz in %	2,9	3,1	3,4	3,6	-0,03	0,00	0,01
Wachstum Exportmärkte Österreichs	1,3	2,8	1,7	2,9	0,7	-0,2	-0,1
Prognosezerlegung				in Prozentpunkten			
BIP-Wachstum, real	-1,2	0,3	0,8	1,1	0,15	-0,13	-0,0
Neue Daten Q1 25					0,08	0,00	-0,0
Prognosefehler Q2 25					0,11	0,04	0,0
Externe Annahmen					-0,09	-0,29	-0,0
Expert Judgment					0,05	0,12	-0,0

Quelle: Eurosystem, EZB.

Mit Ausnahme des Expert Judgments bei der kurzfristigen Entwicklung wurden keine weiteren Anpassungen an der Prognose vorgenommen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des US-EU-Zollabkommens vom 27. Juli 2025 decken sich mit den Annahmen der Juni-Prognose.¹ Wir erwarten keine starken wirtschaftlichen Impulse aus den geplanten deutschen Infrastruktur- und Verteidigungsausgaben. Die Infrastrukturausgaben stimulieren überwiegend die deutsche Bauwirtschaft und deren lokale Zulieferer, weisen aber nur schwache Zulieferverflechtungen mit Österreich auf. Von der Anschaffung militärischer Gerätschaften dürften verstärkt Hersteller in den USA profitieren. Österreich stellt zwar Sturmgewehre, Panzerfahrzeuge und Drohnen her, jedoch ist der Anteil an der Gesamtproduktion gering. Vorläufige Berechnungen der OeNB auf Basis eines globalen Input-Output-Modells gehen von einem einmaligen BIP-Niveaueffekt von 0,05 % für Österreich aus.

Die erwartete Entwicklung am Arbeitsmarkt unterscheidet sich nur geringfügig von der Juni-Prognose. Das prognostizierte Wachstum der Beschäftigung in Personen (Unselbständige und Selbstständige) bleibt unverändert: Für heuer wird ein leichtes Beschäftigungsplus (+0,1 %) vorhergesagt, das 2026 und 2027 konjunkturbedingt ansteigt (+0,5 % bzw. +0,7 %). Ebenso unverändert ist die Prognose für das Wachstum der gesamten geleisteten Arbeitsstunden. Dieses fällt durchwegs schwächer aus als das Wachstum der beschäftigten Personen: -0,4 %, +0,3 % bzw. +0,6 % für 2025 bis 2027. Auch bei der Arbeitslosigkeit besteht kein Revisionsbedarf. Die Prognose für die Register-Arbeitslosenquote für heuer liegt nach wie vor bei 7,4 %; auch nächstes Jahr wird der Jahresdurchschnitt diesem Wert entsprechen. Erst 2027 wird sie auf 7,2 % sinken. Geringfügig (+0,1 Prozentpunkte) nach oben revidiert wurde die Eurostat-Arbeitslosenquote: Diese wird heuer und im kommenden Jahr 5,6 % betragen. 2027 wird sie auf 5,4 % sinken. Die Prognose für das Lohnwachstum wurde etwas angehoben. Für heuer erfolgt eine geringfügige Revision des Tariflohnwachstums nach oben; für 2026 und 2027 fällt diese angesichts der nach oben revidierten Inflationsprognose etwas stärker aus. Entsprechend ändert sich auch – bei

¹ Siehe OeNB Blog vom 30. Juli 2025: [Kein Trumpf gegen Trump: Auswirkungen des Zollabkommens zwischen der EU und den USA auf Österreich.](#)

durchwegs geringer Lohndrift – die Einschätzung für das Wachstum der Arbeitnehmerentgelte je unselbständig Beschäftigten.

Für die Fiskalprognose ergeben sich aktuell keine substanziellen Änderungen gegenüber der Juni-Prognose. Im Juni prognostizierten wir einen Budgetsaldo in Prozent des nominellen BIP von –4,2 % für 2025, –3,8 % für 2026 bzw. –4,0 % für 2027. Für das Jahr 2025 wirken stärkeres Wachstum und stabile Einnahmen positiv auf den Saldo. Dies wird durch Aufwärtsrevisionen bei Sozialversicherungsausgaben und einen langsameren Rückgang der Subventionen annähernd kompensiert. Für 2026 wirken das etwas geringere Wirtschaftswachstum und höhere Arbeitsmarktausgaben defiziterhöhend. Dem stehen jedoch weitere zu erwartende Konsolidierungsschritte im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit gegenüber.

Die Prognose für das BIP-Wachstum ist mit Abwärtsrisiken behaftet. Das relevanteste externe Risiko bleibt die hohe handelspolitische Unsicherheit. Die am 27. Juli vereinbarten EU-US-Handelsbedingungen haben keine langfristige Sicherheit verschafft. So wurden bereits wenige Wochen nach der Vereinbarung die US-Zölle auf Stahl und Aluminium in Höhe von 50 % auf weitere Produkte ausgeweitet. Die Handelspolitik des US-Präsidenten bleibt erratisch und weitere industriespezifische Zölle (Pharmazie, Halbleiterprodukte) können nicht ausgeschlossen werden. Zu den heimischen Wachstumsrisiken zählen wir die zur Jahresmitte wiederaufflackernde Inflation. Diese könnte die Konsumstimmung eintrüben und die Erholung im privaten Konsum weiter hinauszögern. Ein weiteres Abwärtsrisiko – vor allem für die Jahre 2026 und 2027 – stellen weitere Konsolidierungsmaßnahmen dar.

5 Inflation sinkt 2026 deutlich

Die OeNB erwartet für 2025 eine HVPI-Inflationsrate von 3,5 %.² Diese liegt 0,6 Prozentpunkte über dem Wert von 2024 (2,9 %). Die zu Jahresbeginn 2025 deutlich gestiegenen Energiepreise – insbesondere im Bereich der Haushaltsenergie – sind für das Wiederaufflammen der Inflation verantwortlich. Die anhaltend hohe Dienstleistungsinflation sorgt für einen hohen Grundstock an Inflation. Seit Jahresmitte tragen auch die Nahrungsmittelinflationsraten von über 4 % wieder verstärkt zur Inflation bei.

2026 sinkt die Inflation quasi automatisch um etwa einen Prozentpunkt auf 2,4 %. Dies ist auf das Auslaufen des Inflationseffekts des Energiepreisanstiegs 2025 (Basiseffekt) zurückzuführen. Energiepreise bestimmen also die Inflationsdynamik (rotbraune Säulensegmente in Grafik 5), die Dienstleistungsinflation weiterhin den Grundstock der Inflation (beige Säulen). 2027 pendelt sich die Inflationsrate bei 2,3 % ein. Die Energiepreise liefern keinen Beitrag mehr zur Inflation, diese wird weiterhin von den Dienstleistungen bestimmt.

Im Zuge der Budgetkonsolidierungen kommt es auf Bundesebene und in Wien zu deutlichen Preis- bzw. Gebührenerhöhungen um bis zu 81 % (E-card Service-Entgelt). Sie wirken sich aufgrund ihres geringen Anteils am Warenkorb dennoch nur moderat auf die Teuerung aus. Die Inflation steigt dadurch im Jahr 2026 um rund 0,2 Prozentpunkte.

Die Kerninflation – also die HVPI-Inflation ohne die volatilen Aggregate Energie und Nahrungsmittel – geht 2025 auf 3,1 % zurück, nach 3,9 % im Jahr davor. Der weitere Rückgang der Kerninflation erfolgt

² Die OeNB bezieht sich immer auf die HVPI-Inflationsrate (harmonisierter Verbraucherpreisindex). Sie wird in allen EU-Ländern gleich berechnet und von den Zentralbanken des Eurosystems zur Bewertung der Preisstabilität verwendet.

langsamer als jener der HVPI-Inflation, weil der erwartete starke Rückgang der Energiepreise in der Kerninflation nicht berücksichtigt wird. Während sich der Preisauftrieb bei Dienstleistungen nur langsam abschwächt, steigt die Inflation für Industriegüter wie Kleidung oder Möbel. Daher liegt die Kerninflation auch noch 2027 mit 2,5 % über der Gesamtinflation.

Tabelle 3

OeNB-Inflationsprognose September 2025

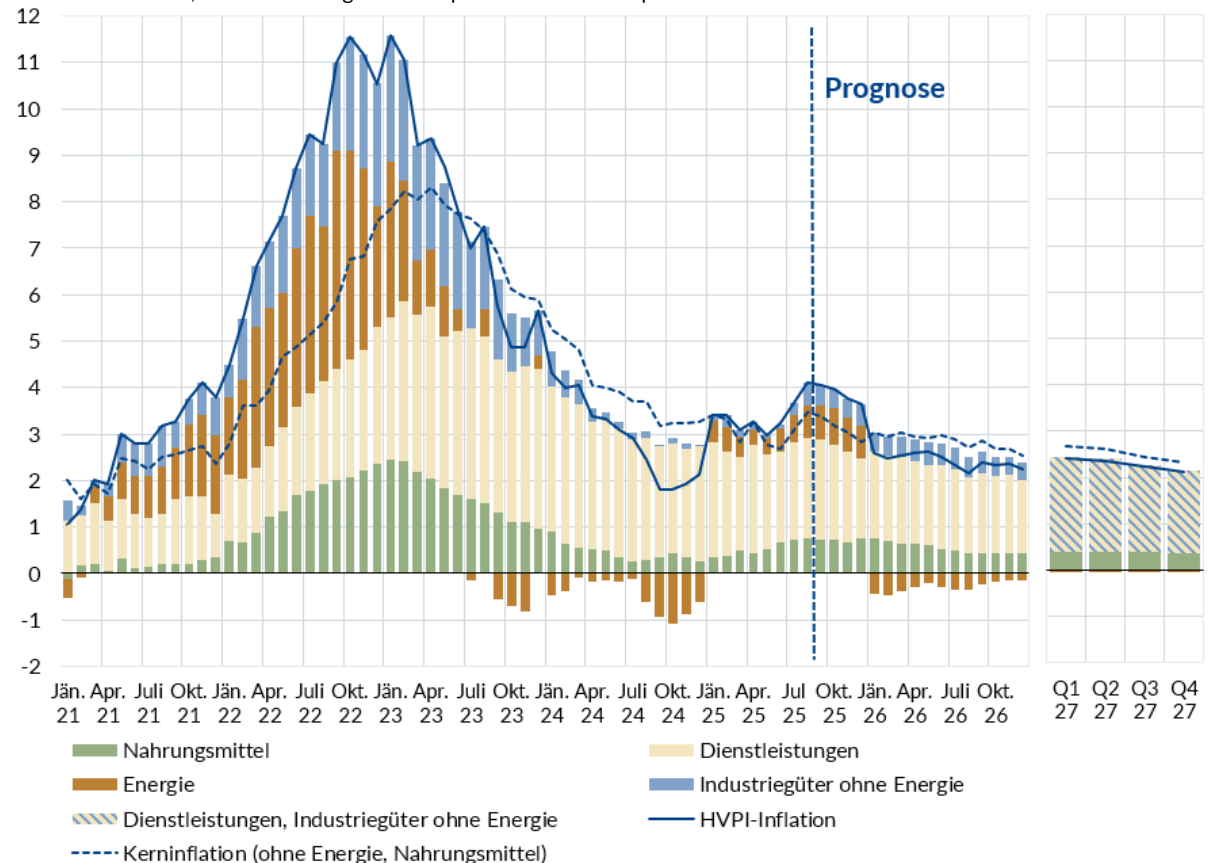
	Prognose				Revisionen gegenüber Juni 2025		
	2024	2025	2026	2027	2025	2026	2027
	Veränderung zum Vorjahr in %				in Prozentpunkten		
HVPI-Inflation	2,9	3,5	2,4	2,3	0,6	0,6	0,2
Nahrungsmittel insgesamt	2,9	3,8	3,5	2,5	1,1	0,8	0,2
davon unverarbeitete Nahrungsmittel	0,6	3,2	2,7		0,9		
davon verarbeitete Nahrungsmittel	3,4	3,9	3,6		1,2		
Industriegüter ohne Energie	0,9	1,0	1,5		0,3		
Energie	-5,4	7,0	-3,6	-0,2	2,4	2,1	0,0
Dienstleistungen	5,7	4,3	3,6		0,2		
HVPI ohne Energie	3,7	3,2	3,0	2,5	0,4	0,5	0,2
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	3,9	3,1	2,8	2,5	0,2	0,4	0,2

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Grafik 5

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Inflationsraten in %; Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Im Folgenden werden die Entwicklung und die Prognose der wichtigsten Inflationskomponenten sowie der Vergleich zur Euroraumprognose im Detail dargestellt.

5.1 Energieinflation bestimmt durch starke Schwankungen die allgemeine Inflationsdynamik

Die OeNB-Prognose erwartet für 2025 eine Energieinflation von 7 %. Aufgrund des abrupten und starken Anstiegs des Energiepreisniveaus Anfang Jänner bleibt die Energieinflation im gesamten Jahr 2025 positiv: Dies, obwohl die Großhandelspreise für Strom und Gas sowie die Ölpreise annahmegemäß um mehr als 25 % sinken. Auch die Konsument:innenpreise sind im bisherigen Jahresverlauf gesunken – allerdings von Jänner bis August nur um 2,5 %.

Mit dem Auslaufen staatlicher Entlastungsmaßnahmen kam es zu einem sprunghaften Anstieg der Energieinflation zu Jahresbeginn 2025: Sie stieg von –7,8 % im Dezember 2024 auf +5,2 % im Jänner 2025. Maßgeblich dafür war das Auslaufen der Strompreisbremse, die Rücknahme der Senkung der Elektrizitäts- und Erdgasabgabe sowie die Wiedereinhebung der Erneuerbarenpauschale und des Erneuerbarenförderbeitrags. Zusätzlich wurden die Netzentgelte für Strom und Gas und der CO₂-Preis erhöht – von 45 EUR/Tonne auf 55 EUR/Tonne. Besonders spürbar sind die Maßnahmen bei Strom, dessen Preis im Jänner 2025 im Vergleich zum Dezember 2024 um 45 % stieg. Auch der Gaspreis stieg im Jänner aufgrund der fiskalischen Maßnahmen, allerdings nur um etwa 10 %. Der Effekt dieser Maßnahmen bleibt während des gesamten Jahres spürbar. Im Jänner erhöhte er die HVPI-Inflationsrate um mehr als einen Prozentpunkt.

2026 sinkt die Energieinflation größtenteils automatisch: Die OeNB-Prognose erwartet eine Energieinflation von –3,6 %. Maßgeblich dafür ist vor allem der Basiseffekt: Er bezeichnet den Wegfall von Sondereffekten, die ein Jahr zuvor das Preisniveau bestimmt haben. Da die Inflation als Preisvergleich zum Vorjahr gemessen wird, wirkt sich der sprunghafte Energiepreisanstieg zu Jahresbeginn 2025 nicht mehr auf die Inflation im Jahr 2026 aus. Ohne weitere Preisänderungen seit Jänner 2025 läge die Energieinflation zu Jahresbeginn 2026 also bei 0 %. Tatsächlich prognostiziert die OeNB jedoch weiter fallende Konsument:innenpreise: Erstens werden die sinkenden Großhandelspreise (langsam) weitergegeben. Zweitens geht die OeNB davon aus, dass der Preisanstieg bei Strom und Gas zu Jahresbeginn 2025 einige Haushalte motiviert, aktiver zu günstigeren Anbietern zu wechseln. Nun werden die sinkenden Großhandelspreise und die sinkenden Konsument:innenpreise auch in der Inflationsrate sichtbar.

Mit der europaweiten Einführung des Emissionshandelssystems ETS₂ (CO₂-Bepreisung auf Treibstoffe und Haushaltsenergie) Anfang 2027 ist ein Anstieg der Energiepreise zu erwarten. Für Österreich fällt dieser jedoch moderat aus, da der angestrebte EU-weite CO₂-Preis nur leicht über dem derzeitigen nationalen Niveau liegt. Gleichzeitig wirken sinkende Großhandelspreise dämpfend. In Summe bleiben die Energiepreise 2027 etwa auf dem Niveau von 2026 – die Energieinflation beträgt –0,2 %.

Wegen der hohen Inflationsraten 2025 und der negativen Inflationsraten 2026 ist der Beitrag der Komponente Energie an der HVPI-Inflation auch deutlich spürbar: 2025 stark positiv, 2026 leicht negativ (rotbraune Säulensegmente in Grafik 5). Eine starke Dynamik der Beiträge der Energieinflation kann man bereits seit 2021 beobachten, obwohl das Gewicht von Energie im Warenkorb weniger als 10 % beträgt.

5.2 Dienstleistungsinflation als zentraler Treiber der allgemeinen Inflation

Die Dienstleistungsinflation geht 2025 um rund 1,5 Prozentpunkte auf 4,3 % zurück. Aufgrund ihres hohen Gewichts im Warenkorb von 48 % bleibt sie jedoch der zentrale Treiber der Teuerung (Grafik 5).

Sie bestimmt die HVPI-Inflationsrate zu mehr als der Hälfte – also zu mehr als 2 Prozentpunkten. Der Dienstleistungssektor ist besonders lohnintensiv – ein wesentlicher Grund, warum sich steigende Löhne hier stärker auf die Preise auswirken als in anderen HVPI-Komponenten. Für 2025 wird ein Tariflohnwachstum von 3,9 % erwartet. Da die Dienstleistungsnachfrage – besonders im Tourismusbereich – weiterhin hoch ist, werden die höheren Kosten wohl weiterhin an die Konsument:innen weitergegeben. Entsprechend verläuft der Rückgang der Dienstleistungsinflation nur langsam – im Einklang mit den allmählich geringeren Lohnerhöhungen.

Die im Rahmen der jüngsten Budgetkonsolidierung beschlossenen Preiserhöhungen des Bundes und in Wien betreffen vor allem Dienstleistungen. Besonders deutlich fallen die Gebührenerhöhungen bei der Servicegebühr für die e-card aus: Sie steigt um 81 %. Auch Reisepass und Führerschein werden teurer – die Preise steigen um rund 48 %. Das Klimaticket wird in zwei Schritten teurer: 2025 um 19 %, 2026 um weitere 8 %. Auch in Wien werden die Preise für öffentliche Verkehrsmittel sowie Parkgebühren 2026 erhöht: um etwa 30 %.

Da diese Gebühren nur einen geringen Teil der durchschnittlichen jährlichen Ausgaben eines Haushalts ausmachen (die Kosten für einen Reisepass werden auf dessen Gültigkeitszeitraum verteilt), ist ihr Gewicht bei der Berechnung der Dienstleistungsinflation sehr klein. Zusätzlich treten viele dieser Maßnahmen erst ab der zweiten Jahreshälfte 2025 in Kraft. Deswegen wirken sich die Gebührenerhöhungen im Jahr 2025 nur geringfügig auf die Dienstleistungsinflation aus – mit einem Beitrag von weniger als 0,1 Prozentpunkten. Erst 2026 ist ein stärkerer Effekt zu erwarten: Dann dürfte der Beitrag der Gebührenerhöhung zur Dienstleistungsinflation bei knapp 0,4 Prozentpunkten liegen. Das heißt, die Dienstleistungsinflation steigt wegen der Gebührenerhöhungen um 0,4 Prozentpunkte. Da das Gewicht der Dienstleistungen 48 % beträgt, liefern die Gebührenerhöhungen einen Beitrag von 0,2 Prozentpunkten zur HVPI-Inflation im Jahr 2026.

5.3 Nahrungsmittelinflation steigt seit Jahresmitte deutlich

Die Nahrungsmittelinflation (inklusive Alkohol und Tabak) wird 2025 gemäß OeNB-Prognose 3,8 % betragen. Waren die Inflationsraten zu Jahresbeginn noch unterdurchschnittlich, so steigen diese seit Mitte des Jahres deutlich an. Sie lagen mit über 4 % deutlich über ihrem langjährigen Durchschnitt von 2,5 % (1996 bis 2024). Sowohl unverarbeitete als auch verarbeitete Lebensmittel verzeichnen konstant hohe Preissteigerungen. Bei den verarbeiteten Lebensmitteln fallen Tee, Kaffee und Kakao sowie Schokolade mit Inflationsraten von etwa 20 % auf.

2026 bleibt die Inflation weiterhin hoch – auch wegen der geplanten Tabaksteuererhöhung. Sie erhöht 2026 die gesamte Nahrungsmittelinflation um etwa 0,3 Prozentpunkte. Damit werden die inflationsdämpfenden Effekte sinkender Energiepreise und geringerer Lohnsteigerungen weitgehend kompensiert. Erst 2027 ist mit dem Wegfall dieses steuerbedingten Basiseffekts und der weiterhin günstigen Entwicklung bei den Energiepreisen mit einem spürbaren Rückgang der Nahrungsmittelinflation zu rechnen.

Das Gewicht von Nahrungsmitteln an der Gesamtinflation ist in Österreich mit knapp 16 % relativ gering. Damit ist auch bei hohen Inflationsraten von über 4 % der Beitrag zur HVPI-Inflation mit 0,7 Prozentpunkten deutlich geringer als etwa der Beitrag der Dienstleistungsinflation – trotz ähnlicher Inflationsraten.

Darum hätte auch das Aussetzen der 10 %-igen Mehrwertsteuer auf Lebensmittel (alle Nahrungsmittel sind mit 10 % besteuert, Getränke und Tabak mit 20 %) (nur) eine Reduktion der HVPI-Inflation um einen

Prozentpunkt zur Folge. Die Nahrungsmittelinflation selbst würde natürlich deutlich sinken: nämlich um etwa 7 Prozentpunkte. Allerdings ist dieser Inflationseffekt nur einmal (in einem Jahr) sichtbar und in diesem Ausmaß nur, wenn die Mehrwertsteuersenkung an die Konsument:innen zu 100 % weitergegeben wird – in den Folgejahren gibt es abgesehen von schnell ausklingenden Zweitrundeneffekten keine weiteren Auswirkungen auf die Inflationsraten. Eine Wiederanhebung der Mehrwertsteuer würde natürlich zu einem entsprechenden Anstieg der Inflation führen. Inwieweit ein weiterer reduzierter Mehrwertsteuersatz/0 %-Steuersatz eingeführt werden kann, ist überdies EU-rechtlich abzuklären.

5.4 Inflationsrate bei Industriegütern ohne Energie steigt ebenfalls

Aufgrund des deutlichen Inflationsanstiegs in der zweiten Jahreshälfte erwartet die OeNB 2025 eine Inflationsrate bei Industriegütern ohne Energie von 1 %. Die Inflationsrate dieser Komponente – darunter Möbel, Autos und Bekleidung – bleibt damit im Vergleich zu den Inflationsraten der anderen Komponenten sehr moderat. Sie liegt auch weiterhin unter ihrem langjährigen Durchschnitt von 1,2 % (1998 bis 2024). Mit dem Anstieg der Erzeugerpreise wird sie 2026 auf 1,5 % steigen. Die Weitergabe der gestiegenen Kosten ist nun aufgrund der leichten wirtschaftlichen Erholung und der steigenden Nachfrage nach langfristigen Konsumgütern einfacher möglich.

Der Inflationsbeitrag zur HVPI-Jahresinflation von 0,3 Prozentpunkten mag aufgrund der geringen Inflationsraten hoch erscheinen. Allerdings haben die Industriegüter ohne Energie mit 30 % das zweithöchste Gewicht im Warenkorb.

5.5 Revisionen im Vergleich zur Juni-Prognose

Im Vergleich zum Juni 2025 revidiert die OeNB die Inflationsprognose für 2025 und 2026 nach oben. Ausschlaggebend für die Korrektur der Prognose für 2025 sind vor allem realisierte Entwicklungen. Alle Komponenten zeigten in den letzten Monaten eine unerwartet hohe Inflation: Die Haushaltsenergiepreise sanken nicht im prognostizierten Ausmaß, die Dienstleistungsinflation setzte ihren Rückgang nicht fort und die Nahrungsmittelinflation stieg ebenso wie die Industriegüterinflation überraschend deutlich an.

Die der Prognose zugrundeliegenden Annahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken über die Entwicklung der Rohstoffpreise haben sich kaum geändert und beeinflussen die Inflationsprognose daher nur geringfügig. Die zwischenzeitlich höheren Rohölpreise (in US-Dollar) infolge des Nahostkonflikts wurden durch den stärkeren Euro beinahe kompensiert. Auch die Annahmen über die Großhandelspreise für Gas und Strom wurden in etwa beibehalten. Die höheren Preisanstiege zur Jahresmitte 2025 führen auch zu einer Aufwärtsrevision der Inflationsprognose für 2026.

5.6 Risiken für die Inflationsprognose ausgewogen

Die Auswirkungen der Zollpolitik Trumps auf die Inflation in Österreich gehen über die Annahmen über Rohstoffpreise, Wechselkurse und die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich in die Inflationsprognose ein. Sollte der Handelsdeal zwischen der EU und den USA aufgeschnürt werden, stellen etwaige Preisänderungen von US-Importgütern wegen Vergeltungszöllen seitens der EU ein deutliches Risiko dar. Ein weiteres Risiko ergibt sich aus zusätzlichen Konsolidierungsmaßnahmen: Sollten diese mittels weiterer Preiserhöhungen für staatliche Güter und Dienstleistungen erfolgen, steigt die Inflationsrate. Ein Abwärtsrisiko ist ein rascherer Rückgang der Energieinflation. Zum einen ist der Rückgang der Rohölpreise noch nicht im üblicherweise beobachteten Ausmaß bei den Treibstoffpreisen

angekommen. Zum anderen könnte die bevorstehende Heizsaison Haushalte motivieren, aktiver zu günstigeren Anbietern zu wechseln als früher. Etwaige staatliche Preiseingriffe bei Nahrungsmitteln und Energie oder ein Preisdeckel bei (reglementierten) Mieten würden die Inflationsrate senken und stellen damit ein Inflationsrisiko nach unten dar. Ohne Berücksichtigung von Preiseingriffen ist das Risiko für die Inflationsprognose ausgeglichen.

5.7 Inflationsabstand zum Euroraum erhöht sich 2025 wieder

2025 wird Österreich eine um 1,4 % höhere Jahresinflationsrate aufweisen als der Durchschnitt des Euroraums. Dienstleistungen und Energie liefern 2025 einen deutlich höheren Inflationsbeitrag als im Euroraum (siehe Grafik 6). Nahrungsmittel hingegen haben den Inflationsunterschied bis Mai gedrückt.

Ein deutlich höherer Inflationsbeitrag der Dienstleistungen in Österreich als im Euroraum ist seit 2011 die Norm (gelbe Balken in Grafik 6). Seit damals ist die Dienstleistungsinflation um durchschnittlich 0,7 Prozentpunkte höher als im Euroraum. Dies erklärt sich auch durch die in Österreich stärker steigenden Lohnstückkosten. Seit 2019 stiegen die Stundenlöhne laut VGR in Österreich um 16 Prozentpunkte stärker als im Euroraum-Durchschnitt. Im gleichen Zeitraum stieg die Dienstleistungsinflation in Österreich um 32 %, im Euroraum hingegen um 22 % (siehe Tabelle 4).

Ende 2024 lag Österreichs Inflationsrate knapp unter jener des Euroraums. Dies war vor allem auf staatliche Unterstützungsmaßnahmen (z. B. Strompreisbremse) zurückzuführen, die zu einem Sinken der Energiepreise in Österreich geführt hatten. Anfang 2025 führte die Energiepreisentwicklung jedoch wieder zu einem Anstieg der Inflationsdifferenz. Das Auslaufen der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen ließ die Energieinflation in Österreich im Jänner 2025 wieder stark ansteigen. In den meisten anderen Euroraum-Ländern liefen die preissenkenden Unterstützungsmaßnahmen hingegen bereits Anfang bzw. Mitte 2024 aus. Entsprechend führen sinkende globale Rohstoffpreise in anderen Ländern schon zu Preisrückgängen bei Haushaltsenergie, während dieser Effekt in Österreich noch durch das Auslaufen der fiskalischen Maßnahmen überschattet wird. Seit 2019 sind die Energiepreise in Österreich um 58 % gestiegen, während der Anstieg im Durchschnitt der Euroraum-Länder mit 35 % deutlich geringer war (siehe Tabelle 4).

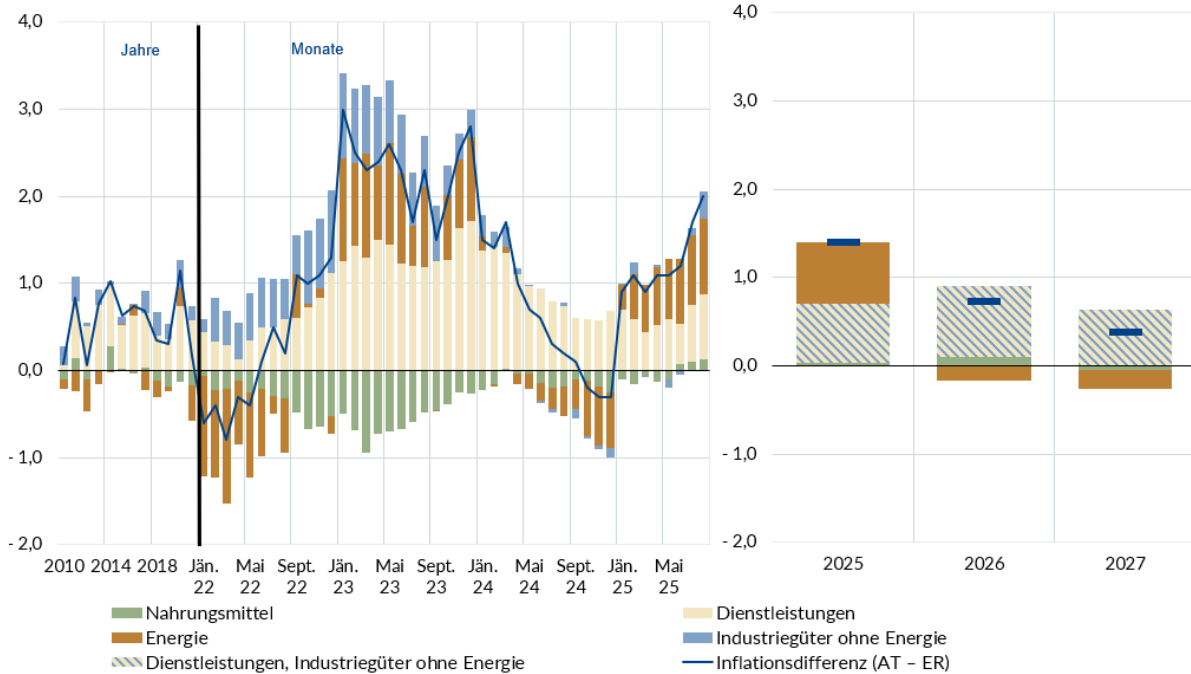
Bis Mai 2025 lag die Nahrungsmittelinflation (inkl. Alkohol und Tabak) etwa im Euroraum-Schnitt. Allerdings ist das Gewicht von Nahrungsmitteln in Österreich mit 15,6 % kleiner als im Euroraum mit 19,3 %. Daher ist der Beitrag zur Gesamtinflation in Österreich kleiner und Grafik 6 zeigt bis zum Mai 2025 negative Beiträge zur Inflationsdifferenz. Seit Juni 2025 steigen die Nahrungsmittelpreise in Österreich jedoch stärker als im Euroraum und die Beiträge zur Inflationsdifferenz haben ins Plus gedreht. Die Industriegüter ohne Energie trugen vor allem in der Zeit der Hochinflation zum Inflationsunterschied bei – gegenwärtig ist deren Beitrag gering.

2026 wird die Inflationsdifferenz Österreichs zum Euroraum deutlich zurückgehen (Grafik 6). Der oben beschriebene Basiseffekt im Zusammenhang mit dem Auslaufen der Energiepreismaßnahmen reduziert den Abstand mechanisch um rund einen Prozentpunkt. 2027 beeinflusst die europaweite Einführung des neuen Emissionshandelssystems der EU (ETS2) den Inflationsabstand zum Euroraum. Da Österreich bereits 2022 eine CO₂-Bepreisung eingeführt hat, steigt die Energieinflation nicht so stark wie im Euroraum. Im Bereich der Dienstleistungsinflation geht der Abstand zum Euroraum nur langsam zurück, weshalb sich die Inflationsdifferenz zum Euroraum nur schrittweise verringert und über den gesamten Prognosehorizont positiv bleibt.

Inflationsdifferenz: Österreich – Euroraum

Prognose der Inflationsdifferenz

Inflationsbeiträge in Prozentpunkten, August 2025: 2,0 Prozentpunkte



Quelle: OeNB, Eurosystem, Eurostat.

Tabelle 4

Veränderung des Preisniveaus seit 2019 (Jahresdurchschnitt) in Österreich und im Euroraum

	HVPI gesamt			HVPI Nahrungsmittel			HVPI Energie			HVPI Dienstleistungen			HVPI Güter			Stundenlöhne lt. VGR ¹		
	AT	ER	Diff. AT-ER	AT	ER	Diff. AT-ER	AT	ER	Diff. AT-ER	AT	ER	Diff. AT-ER	AT	ER	Diff. AT-ER	AT	ER	Diff. AT-ER
	in %		in PP	in %		in PP	in %		in PP	in %		in PP	in %		in PP	in %		in PP
2024	25,4	20,3	5,2	27,3	29,2	-2,0	47,4	38,2	9,2	25,3	15,7	9,6	17,0	12,6	4,4	34,4	19,3	15,1
Aug. 25	30,2	23,4	6,8	33,3	33,4	-0,1	58,1	34,9	23,2	32,1	21,8	10,3	16,3	11,6	4,7	39,5	23,5	16,0

¹ Vergleich zu Q2 25 statt Aug. 2025

Quelle: Eurostat.

Indexierungen in Österreich als Preistreiber?

In Österreich wird diskutiert, ob bzw. in welchem Ausmaß automatische Preisbindungen (Indexierungen) für die anhaltend hohe Inflation verantwortlich sind. Indexierungen sind in weiten Teilen des Lebens vorhanden: Viele Verträge für private Haushalte – etwa für Miete, Internet oder Versicherungen – sind mit solchen Klauseln ausgestattet. Auch viele staatliche Leistungen, wie etwa Pensionen, sind indexiert. Auch Unternehmen sind durch die österreichische Praxis, Löhne im Verhältnis zur vergangenen Inflationsentwicklung zu erhöhen, betroffen.

Eine Analyse des VPI-Warenkorbs eines durchschnittlichen Haushaltes zeigt, dass nur 13 % der Ausgaben automatischen jährlichen Indexierungsregeln folgen. Ein Großteil davon kommt aus Mietverträgen (Anteil 5 %), gefolgt von Versicherungen (3,8 %), sowie Wohnbetriebskosten, Handy- und Internetverträgen sowie Gebühren für öffentliche Leistungen wie die Müllabfuhr.

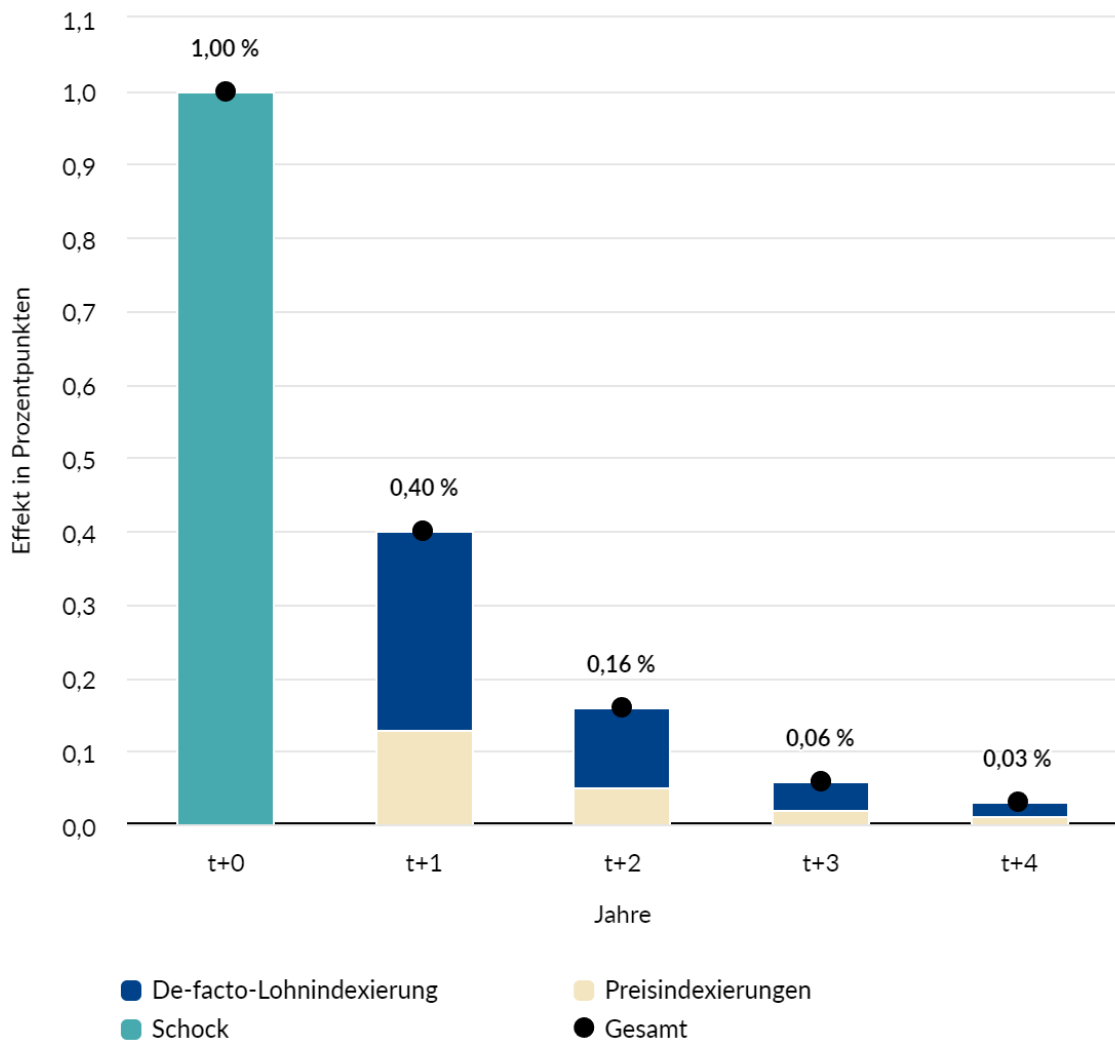
Auch viele andere staatliche Einnahmen und Ausgaben hängen in hohem Ausmaß von der vergangenen Inflation ab. Die partielle Indexierung der Grenzbeträge der Steuerstufen von Lohn- und Einkommensteuer hat überproportionale Budgeteinnahmen durch die kalte Progression abgeschwächt. Auf der Ausgabenseite sind jedoch viele Sozialleistungen direkt (verzögert) an die Inflation gekoppelt, wie z.B. Pensionen.

Auch die kollektivvertraglichen Mindestlöhne und -gehälter (und damit indirekt die Effektivverdienste) hängen stark von der vergangenen VPI-Inflation ab. Dies ist in den Lohnverhandlungen durch die „Abgeltung der rollierenden Inflation“ institutionalisiert. Man kann hier von einer De-facto-Indexierung sprechen (Benya-Formel). Auch wenn es bei einzelnen Kollektivverträgen oft erhebliche Abweichungen von dieser Formel gibt, ist gesamtwirtschaftlich der Zusammenhang zwischen vergangener Inflation und Tariflohnentwicklung deutlich erkennbar.

Auf Basis einer vereinfachten Simulation eines exogenen Inflationsschocks von 1 % – verursacht etwa durch ein Problem bei internationalen Transportrouten – analysieren wir die weiteren Inflationseffekte im privaten Sektor. Zweitrundeneffekte von automatischen Indexierungen und Lohnerhöhungen treten vor allem im ersten Jahr nach einem Inflationsschock auf. Die vereinfachte Simulation, bei der die Lohnerhöhungen sofort zu 100 % an die Preise weitergegeben werden, ergibt einen zusätzlichen Inflationseffekt von 0,4 Prozentpunkten im ersten Jahr nach dem Inflationsschock. Im zweiten Jahr nach dem Inflationsschock steigen die Preise zusätzlich um 0,16 %. Danach flacht der Effekt deutlich ab. Nach vier Jahren liegt das Preisniveau um 1,7 % höher – also 0,7 Prozentpunkte mehr als der ursprüngliche Schock. Der zusätzliche Inflationseffekt ist ab diesem Zeitpunkt praktisch null. Damit steigt auch das Preisniveau aufgrund dieser Zweitrundeneffekte nicht mehr. Wird alternativ angenommen, dass nur die Hälfte des Inflationsschocks auf die Löhne übertragen wird, liegt der Gesamteffekt nach vier Jahren bei „nur“ 1,4 %. Die Dynamik bleibt unverändert. Etwa ein Drittel dieser Erhöhungen entfallen auf Indexierungen, zwei Drittel auf quasi-automatische Lohnerhöhungen.

Grafik K1

Effekt von Indexierungen auf die Inflation bei 100% Überwälzung



Quelle: OeNB.

Dieser Kasten basiert auf dem OeNB Blog vom 5. September 2025: [Hohe Inflation: Die Indexierungen sind es nicht \(allein\).](#)

© Oesterreichische Nationalbank, 2025. Alle Rechte vorbehalten.
Adresse: Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
Website: www.oenb.at

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Die in dieser Studie zum Ausdruck gebrachte Meinung gibt nicht notwendigerweise die Meinung der Oesterreichischen Nationalbank oder des Eurosystems wieder.

Die Autor:innen der OeNB verwenden grundsätzlich inklusive Sprache. Bei etablierten Fachwörtern und Wendungen, die (auch) juristische Personen bezeichnen, kann es jedoch fallweise vorkommen, dass aus Gründen der Klarheit und Lesbarkeit darauf verzichtet wird.

Datenschutzinformationen: www.oenb.at/datenschutz
ISSN 2960-5075 (online)